

1.

GRETA, die Expertengruppe zur Umsetzung der Europaratskonvention zur Bekämpfung von Menschenhandel, fordert in ihrem jüngsten Bericht zur Schweiz (2024) nationale Standards bezüglich spezialisierter Unterstützung und Unterbringung für Opfer von Menschenhandel. Aktuell wird diese Unterbringung von verschiedenen spezialisierten Organisationen sichergestellt, die mit Kantonen individuelle Vereinbarungen eingehen. Letztlich müssen also die Kantone die Qualität und Standards durch Auswahl der Organisationen und Überprüfung der Leistungen sicherstellen. Der Kanton Basel-Stadt hat laut Beantwortung der Schriftliche Anfrage Nicola Goepfert betreffend Bestandesaufnahme der Bekämpfung von Menschenhandel (25.5502.02) eine Leistungsvereinbarung mit Victras (ehemals trafficking.ch). Die Unterzeichnende hat mit Erstaunen festgestellt, dass im GRETA-Bericht qualitative Bedenken hinsichtlich der Ausgestaltung der Unterbringung im Schutzhaus Fortis von Victras geäußert wird: Frauen und Männer werden gemeinsam untergebracht auf engem Raum, was für Betroffene – insbesondere für Opfer sexueller Ausbeutung – problematisch sein kann. Ebenso wirf es Fragen auf, dass über Victras öffentlich nur eingeschränkt Informationen verfügbar sind, insbesondere sind auf der Website keine Informationen über Organisationsstruktur, Tätigkeiten oder Finanzierung des Vereins (z.B. Jahresbericht), und keine Angaben zu den Qualifikationen verantwortlicher Personen ersichtlich. Bei den auf der Website genannten Kompetenzen für die Personalrekrutierung fehlen fachliche oder persönliche Qualifikationen im Umgang mit Betroffenen von Menschenhanden, die häufig Traumata haben und sexualisierte Gewalt erleben mussten. Die Selbstdarstellung auf der Rekrutierungsseite wirft weitere Fragen auf: Texte und nicht zuletzt eine KI-Fotografie einer bewaffneten Frau inszenieren es als militärisch organisierten Sicherheitsdienst. Gerade vor dem Hintergrund der besonderen Schutzbedürftigkeit von Betroffenen wäre vielmehr zu erwarten, dass sich die Darstellung und Ausgestaltung der Angebote klar an traumasensiblen und opferschutzorientierten Standards orientieren.

Die Unterzeichnende bittet die Regierung zur Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind Organisationen, die im Auftrag der Kantone im Bereich Menschenhandel tätig sind, nicht verpflichtet, transparent über ihre Organisationsstrukturen zu informieren?
2. Nach welchen Kriterien und basierend auf welchen Qualitätsstandards vergibt der Kanton Basel-Stadt Leistungsaufträge an Opferschutzorganisationen im Kontext Menschenhandel? Wie werden respektive wurden bei der letzten Auftragsvergabe die Kriterien gewichtet?
3. In welcher Form leistet Victras jährlich Rechenschaft und auf welcher Grundlage analysiert der Kanton Basel-Stadt die Umsetzung der bestehenden Leistungsvereinbarung?
4. Gibt es Einbezug von Betroffenen in Evaluation und Monitoring, um eine gender- & traumasensible Unterbringung für Betroffene von Menschenhandel im Kanton Basel-Stadt sicherzustellen?
5. Welche fachlichen Qualifikationen im Bereich sexualisierte Gewalt, Geschlechtersensibilität und Trauma sind bei der Organisation Victras auf Führungsebene und bei den Mitarbeitenden vorhanden?
6. Victras unterstützt laut Informationen auf der Website auch Behörden bei Ermittlungsaufgaben. Wie wird ein opferzentrierter Opferschutz ohne Vermischung der Interessen der Strafverfolgung gegenüber den Bedürfnissen der Opfer und ihren Rechten operativ gewährleistet?
7. Kann eine Organisation, die als militärisch organisierter Sicherheitsdienst auftritt, die Bedürfnisse der Betroffenen nach Schutz und einem vertrauensvollen Umfeld erfüllen?

Barbara Heer